

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen bis 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Wey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Einige Zahlen über die wirtschaftliche Lage unsrer Mitglieder.

#### II.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist aber das Verhältnis zwischen

#### Arbeitszeit und Lohn.

Wir haben das diesbezügliche Ergebnis der Statistik an dieser Stelle schon einmal kurz gewürdigt, halten jedoch einen nochmaligen Hinweis darauf für angebracht. Es wird nämlich gerade den Gewerkschaften häufig vorgeworfen, daß ihr Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit naturgemäß eine Senkung des Lohnes zur Folge haben müsse, und sie erhalten dann den „guten Rat“, es doch jedem Arbeiter anheimzustellen, wie lange er arbeiten wolle, damit jeder die Möglichkeit habe, eventuell durch längeres Arbeiten seine Einnahme mit seinen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Wie sehr dies Argument daneben trifft, erhellt mit verblüffender Deutlichkeit aus nachstehender Tabelle, die das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Lohn aufzeigt:

Tägliche Arbeitszeit	Beteiligte Personen	Durchschnitts-Verdienst pro Woche	Durchschnitts-Verdienst pro Stunde
8 Stunden	779	26,75	55,73
8 1/2	390	26,46	51,90
9	4 682	24,68	45,70
9 1/2	8 334	24,94	42,70
10	47 928	21,92	36,59
10 1/2	3 276	20,79	33,—
11	4 342	20,46	31,—
11 1/2	418	19,67	28,50
12	1 784	18,73	27,40
über 12	683	20,21	26,31

Danach steht der Lohn, der in einer gegebenen Arbeitszeit, sagen wir, in einer Stunde, verdient wird, immer im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der täglichen Arbeitszeit: er ist um so höher, je kürzer diese.

In der nachstehenden Skizze tritt das Verhältnis zwischen Lohn und Arbeitszeit besonders deutlich hervor. Die obere Tabelle zeigt das Abfallen des Stundenverdienstes bei steigender Arbeitszeit, die untere den Wochenverdienst.

#### Die Wohnungsmiete

verschlingt durchweg einen erheblichen Teil des Arbeitereinkommens. Auf die Frage nach der Höhe dieser Ausgabe gaben 50 095 verheiratete männliche Mitglieder Auskunft. Dieselben zahlten zusammen jährlich 8 113 642 Mark Miete oder pro Kopf 161,96 Mk.; das sind reichlich 14 Prozent des durchschnittlichen Wochenverdienstes. Bei einer Einteilung der Orte nach der Einwohnerzahl erhalten wir folgendes Bild:

Orte mit weniger als 10 000 Einwohnern	Zahl der Beteiligten	Durchschnittl. Miete
10 000—50 000	11 706	111,06 Mk.
50 000—100 000	11 765	128,68
100 000—200 000	5 772	170,83
über 200 000	20 852	207,35

Von erheblicher Wichtigkeit ist es nun, festzustellen, ob und wie weit der Aufwand für Miete abhängig ist oder beeinflusst wird von der Höhe des Einkommens. Die nachstehende Tabelle bietet hierfür schätzbares Material.

Lohnklasse	Durchschnittl. Miete in Orten mit Einwohnern:			
	unter 10 000	10 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	über 100 000
bis 12 Mk.	Mk. 85,66	Mk. 98,56	Mk. 145,69	Mk. 133,04
13—15	89,41	99,26	133,90	122,35
16—18	96,74	115,28	138,32	158,66
19—21	110,67	125,48	156,86	179,78
22—25	120,07	136,60	177,09	210,84
26—30	129,57	155,20	183,67	232,06
31—35	140,78	170,04	200,25	251,59
über 35	142,56	165,57	181,37	254,53

Die Tabelle zeigt eine, nur durch zwei Ausnahmen durchbrochene, Steigerung nach der Größe der Orte, dann aber auch in Orten derselben Größenklasse eine fast ganz regelmäßige Steigerung der Ausgaben für Miete, entsprechend der Steigerung des Lohnes.

Es geht daraus hervor, daß der Aufwand für Miete mit dem Einkommen steigt, das heißt, daß der Arbeiter den höheren Verdienst nicht „in die Kneipe trägt“, sondern zur Verbesserung seiner Lebenshaltung verwendet, und daß er, was schließlich das selbe sagt, wenn er durch niedrigen Lohn zum „Sparen“, soll heißen zur erhöhten Einschränkung gezwungen wird, sofort bei der Ausgabe für seine Wohnung „spart“. Daß solche Sparmaßnahmen für die Gesundheit des Arbeiters, wie seiner heranwachsenden Kinder die schädlichsten Folgen zeitigt, braucht hier nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Fällt aber einerseits der absolute Aufwand für Miete mit dem Lohn, so doch nicht in demselben Tempo. Im Verhältnis zu seinem Lohn zahlt der schlecht entlohnte Arbeiter,

troß seiner Einschränkung immer noch mehr als sein besser bezahlter Kollege. Um hierfür Vergleichsziffern zu gewinnen wurde der durchschnittliche Jahreslohn und der durchschnittliche Mietfuß innerhalb der einzelnen Wohnklassen, und in diesen wieder nach Ortsgrößenklassen getrennt, ermittelt und im Verhältnis berechnet. Diese Berechnung ergab das nachstehende Resultat:

In Prozenten des Jahreseinkommens wurde durchschnittlich für Miete verausgabt:

Bei einem durchschnittlichen Jahres-einkommen von	In Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern	In Orten mit 10- bis 50 000 Einwohnern	In Orten mit 50- bis 100 000 Einwohnern	In Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern
Mk. 549,50	Proz. 15,58	Proz. 18,00	Proz. 26,40	Proz. 24,20
723,50	12,35	13,71	18,50	16,91
869,—	11,24	13,28	15,91	18,25
1006,—	11,00	12,47	15,59	17,87
1173,—	10,23	11,64	15,09	17,97
1388,—	9,33	11,18	13,59	16,71
1640,—	8,58	10,36	12,21	15,92
1861,—	7,66	8,89	9,74	13,67

Mit Ausnahme der drei fett gesetzten Felder zeigt diese Tabelle absolute Regelmäßigkeit; der Prozentsatz des Lohnes, der für Miete verausgabt wird, steigt mit der Einwohnerzahl des Ortes; innerhalb einer Ortsklasse aber ist er um so höher, je niedriger der Lohn.

Zum Schluß noch einige Angaben über die Mitarbeit der Frau.

Von den 50 095 verheirateten männlichen Mitgliedern bejahten 11 166 die Frage, ob die Frau mit zum Erwerb beiträgt. Davon waren 5057 in der Fabrik und 6109 als Heimarbeiterinnen, Aufwärtserinnen usw. tätig. Daß die Mitarbeit der Frau um so häufiger, je niedriger der Lohn des Mannes, geht aus folgender Tabelle hervor:

Verdienst des Mannes	Zahl der verheirateten Arbeiter	Zahl der erwerbstätigen Frauen	
		absolut	in Prozenten
bis 12 Mk.	291	122	42
13—15	1 771	620	35
16—18	7 988	2264	28
19—21	12 472	3159	25
22—25	16 082	3293	20
26—30	9 213	1439	16
31—35	1 817	228	12
über 35	461	43	9

Während in der niedrigsten Lohnklasse fast die Hälfte der Frauen gezwungen ist, zum Erwerb beizutragen, ist es in der höchsten Lohnklasse nicht einmal mehr ein Zehntel. Von den erwerbstätigen Frauen waren 2826 oder 25,3 Prozent kinderlos, 2753 oder 24,7 Prozent hatten je 1 Kind und 319 oder 2,9 Prozent hatten mehr wie 5 Kinder unter 14 Jahren; davon 71 je 7, 22 je 8, 3 je 9 und eine hatte 10 Kinder.

Von den drei Frauen, die 9 Kinder unter 14 Jahren haben, verdient eine 6—7 Mk. pro Woche in der Fabrik, die beiden andern je 2 Mk. wöchentlich durch Heimarbeit. Die Frau mit 10 Kindern verdient durchschnittlich 5 Mk. pro Woche als Heimarbeiterin. Daß die Frage: Heimarbeit oder Fabrikarbeit? durch die Zahl der zu beaufsichtigenden Kinder beeinflusst wird, ist erklärlich. Nachstehende Tabelle zeigt diesen Einfluß zahlenmäßig.

Kinderzahl	Erwerbstätige Frauen überhaupt	Davon arbeiten in der Fabrik		In Prozenten	
		als Heimarbeiterinnen u.	in der Fabrik	als Heimarbeiterinnen u.	in der Fabrik
Kein Kind	2826	1604	1222	57	43
1	2753	1411	1342	51	49
2 Kinder	2339	1031	1308	44	56
3	1533	540	993	35	65
4	939	273	666	29	71
5	457	121	336	26	74
mehr wie 5 (bis 10)	319	77	242	24	76

Während bei den kinderlosen erwerbstätigen Frauen die Fabrikarbeit überwiegt, steht bei denen mit einem Kinde Fabrik- und Heimarbeit nahezu gleich, und bei denen mit 5 und mehr Kindern arbeiten drei Viertel der erwerbstätigen Frauen als Heimarbeiterinnen, Aufwärtserinnen und dergleichen und nur ein Viertel in der Fabrik. Der Grund dieser Verschiebung braucht hier nicht besonders hervorgehoben zu werden, er ist den Lesern dieser Arbeit sicher bekannt. Ausdrücklich hervorgehoben sei aber die bedauerliche Tatsache, daß noch zahlreiche Frauen, die zu Hause mehr wie 5 unerzogene Kinder haben, ihre Tage in der Fabrik verbringen und ihre Kinder ohne Erziehung und Aufsicht heranwachsen lassen müssen. Unter den 77 angeführten, in der Fabrik tätigen Frauen mit mehr wie 5 Kindern befanden sich 54 mit 6, 19 mit 7, 3 mit 8 und eine mit 9 Kindern unter 14 Jahren. Von den 242 Heimarbeiterinnen hatten 163 je 6, 52 je 7, 19 je 8, 2 je 9 und eine 10 Kinder. Soweit der erste Abschnitt. Der zweite wird zweifellos noch äußerst wichtige Ergebnisse über die Verhältnisse in den

einzelnen Industriezweigen bringen. Die vorstehenden allgemeinen Ziffern aber zeigen mit aller denkbaren Deutlichkeit, daß das Meer der „gelernten Arbeiter in seiner übergroßen Zahl noch unter Arbeitsbedingungen schmachtet, die einer Besserung dringens bedürfen. Zumal, wenn man bedenkt, daß es die intelligentesten und bestentlohten Schichten sind, die von der Organisation erfasst und an der Aufnahme beteiligt sind. Das nach Hunderttausenden zählende, noch gleichgültig dahindämmernde, von keinem Organisationsgedanken erfasste Proletariat verkommt noch unter weitaus jüngerlichen Existenzbedingungen. Dieses schlafende Meer zu erwecken und dem Verbandsbezug zuzuführen und damit die Vorbedingung zu einem allgemeinen Aufstieg der ungelerten Arbeiter zu schaffen, ist eine Aufgabe, die unendlich groß, aber auch unendlich wichtig ist.

### Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Papierfabrikation.

#### II.

Um eine Uebersicht über den Umfang und die Entwicklung der Papierfabrikation innerhalb Deutschlands im letzten Jahrzehnt zu geben, seien aus den statistischen Tabellen von Dr. Schaefer die den Jahresberichten der Papiermacher-Vereinigungen entnommenen Ziffern der Jahre 1900 und 1907 über die Zahl der Fabriken, Arbeiter und die Höhe der gezahlten Löhne hier angeführt:

Betriebe	Arbeiter	Löhne in Mark	
Lumpensortieranstalten	10	352	169 298
Strohstoffabriken	25	1 103	1 069 510
Papierfabriken	476	40 542	28 522 341
Pappenfabriken	448	7 868	4 857 920
Holzschleifereien	560	7 452	5 336 787
Zellulosefabriken	64	10 198	8 398 430
Nebenbetriebe	221	1 725	1 127 749
Summa 1900	1 804	69 240	49 482 083
Summa 1907	1 873	86 087	72 586 656
1900	1 804	69 240	49 482 083
1907	69	16 847	23 104 571

Hieraus ist ersichtlich, daß sich die Entwicklung in den letzten 7 Jahren in stark steigender Richtung bewegte. Und diese Steigung vollzieht sich auch gegenwärtig weiter. Ein Stillstand oder gar Rückgang ist, treten nicht ganz außergewöhnliche Umstände ein, nicht zu erwarten.

Im letzten Abschnitt des dritten Kapitels behandelt Dr. Schaefer die Arbeiterverhältnisse. Es hätte gewiß im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen, wenn dieser Abschnitt unter Berücksichtigung der vorher geschilderten technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Papiererzeugung etwas ausführlicher gehalten worden wäre. So vermischen wir z. B. vollständig ein Eingehen auf die die Gesundheit stark untergrabende Nacharbeit, die reguläre Sonntagsarbeit, sowie die periodischen 24stündigen Doppelschichten. Ferner wird mit keinem Wort erwähnt die mangelnde Einsicht der Papierfabrikanten betreffs eines angemessenen Erholungsurlaubes. Auch die Ernährungsweise und Lebensführung der Arbeiter hätte im Interesse der volkswirtschaftlichen Bedeutung gerade vom Standpunkt des Verfassers aus einer Untersuchung bedürft. Und gerade dem Verfasser hätte infolge seiner sozialen Stellung doch wohl einwandfreies Material zur Verfügung gestanden, mit welchem klar nachzuweisen wäre, daß mit den bisherigen Praktiken der Papierfabrikanten gegenüber „ihren“ Arbeitern recht bald endgültig gebrochen werden muß. Wir denken hierbei z. B. an die Erfolge der Militär-Aushebungskommissionen über die Tauglichkeit oder Untauglichkeit zum Militärdienst des Nachwuchses in den „Papiermacherefamilien“. Bei aller Anerkennung der vorliegenden Arbeit sind wir gezwungen, mehreren in diesem Kapitel aufgestellten Behauptungen entgegenzutreten, Behauptungen, die der Verfasser kritiklos aus den Jahresberichten des Vereins deutscher Papierfabrikanten zitiert und damit den Anschein erweckt als ob er sich mit den darin gegebenen Anschauungen identifiziert.

In dem Kapitel über Arbeiterverhältnisse gibt Dr. Schaefer, um den Uebergang von einst zu jetzt recht klar zu zeigen, nochmals eine kurze Resümee der alten Zeiten im Holländerjaal zu skizzieren. Wenn wir nun da auf Seite 252 lesen: „Die Arbeitsweise ist (im Holländerjaal), was die körperliche Arbeit anbelangt, eine einfache, ja fast leichte zu nennen“, so fordert dieser Satz unsern schärfsten Widerspruch heraus. Gewiß, das Färben des Papierstoffs, die Zuteilung des vorher gebrauchsfertig gemachten Leims,



hätte; der Bruder war so „schlau“, dies vor der Versammlung zu äußern.

Eine Schustererei sondogleich leitete er sich in der Behauptung: „Die roten Fabrikarbeiter können in dem Streit der Aluminiumarbeiter keine Streikbrecher liefern, deshalb hätten sie diese Verurteilung einberufen, um sie zu schädigen.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in: Pforzheim (Papierfabrik), Tschöb, Gumburg, Garburg, Worbis (Cedernlöcher) und Ratze.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten. Achtung, Schallplattenarbeiter! Wie der Verband der Arbeiterinnenschaft der Papier-, chemischen und Gummiindustrie Österreichs (Sitz Wien) mitteilt, versucht die Schallplattenfabrik Dr. Albert Grünbaum in Wien, Pfeifergasse 3, in ihrem Betriebe Lohnreduzierungen durchzuführen.

Fürth i. B. Ein schlagfertiger Ziegelmester. Ueber die elende Lage der Ziegelerbeiter wurden von unserer Organisation schon ganze Bände geschrieben und noch viel mehr gesprochen. Die Ziegelerbeiter sind aber durchschnittlich der theoretischen Auffassung wenig zugänglich.

Hamburg. Der Streik bei der Firma G. E. Bartels und Söhne dauert unverändert fort. Wohl ist es der Firma mit äußerster Anstrengung gelungen, den Betrieb zur Hälfte mit Streikbrechern zu besetzen, aber die Abteilungen, auf die es hauptsächlich ankommt, liegen noch ebenso still, wie am ersten Tage des Streiks.

Heilbronn. Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1909. Im Januar wurde mit der Firma Braunmann u. Söhne ein Lohnvertrag für 56 Arbeiterinnen abgeschlossen. Die neuen Löhne bewegen sich laut Tarif zwischen 12 bis 18 Mark pro Woche.

Bei der Firma Schwarzenberger Lumpenportier-Anstalt wurde eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Woche erzielt. Dypchenheimer u. Komp., Darmgeschäft. Nach halbtägigem Streik kam hier für 38 Arbeiterinnen ein Lohnvertrag zustande.

Abchluss. Bei 9 stündiger Arbeitszeit folgt dort der Lohn auf 2,20 Mk. pro Tag für Arbeiterinnen. Der Tarif hat Gültigkeit ab 24. Mai 1909 bis 24. Mai 1911.

Kaffeeerderei Tengelmann. Durch Unterhandlungen kam hier ein Tarif auf friedlichem Wege zur Einführung für 68 Personen. Die Löhne betragen bis zu 4 Mk. pro Tag für männliche und 2,20 Mk. für weibliche Arbeiter.

Papierfabrik Rauch. Durch Unterhandlungen mit der Betriebsleitung kam hier für 250 Personen ein Tarif zum Abschluss. Derselbe gilt vom 1. August 1909 bis 30. September 1910.

So ging bis jetzt soweit alles ohne Streit. Nur das Portland-Zementwerk Lauffen a. N. machte eine Ausnahme. Erst nach 10 wöchentlichem Streik wurde dort eine minimale Verbesserung herbeigeführt.

Generalstreik in Schweden. Die schwedischen Arbeitgeberverbände scheinen die angebotene Aussperrung (siehe Nr. 28, S. 168 des „Proletariats“) nun doch verwirklichen zu wollen. Ursache der Aussperrungsjacht ist übrigens nicht allein der Streik in den Sulfatfabriken, sondern auch im Konfektionsgewerbe, im Wege- und Wasserbau und in einigen andern Industrien haben die Unternehmer durch Lohnkürzungen Streiks heraufbeschworen.

Die Unternehmer erweiterten darauf ihre Aussperrungen, so daß Ende Juli 40-50 000 Arbeiter ausgesperrt waren. Weiter wurde beschlossen, daß am 2. August etwa 27-28 000 Eisenwerksarbeiter ausgesperrt werden sollen. Erweist sich auch diese Maßregel als fruchtlos, dann werden im Laufe des kommenden Monats sämtliche organisierten Arbeiter Schwedens ausgesperrt, ungefähr 200 000 Mann!

Bei solcher Entwicklung der Dinge ist es selbstverständlich, daß auch der Gesamtverband der schwedischen Arbeiterorganisationen beiseite rüstete. Es fand eine Sitzung des Landessekretariats unter Zuziehung der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften und Vertretern der dänischen und norwegischen Landesorganisationen statt. Das Resultat dieser Beratungen war ein Schreiben an den Arbeitgeberverband, in dem der Generalstreik zum 4. August angekündigt wurde, wenn die Aussperrungen erweitert würden.

Korrespondenzen.

Berlin. Arbeiterinnen, wahret eure Rechte! Die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend den Schutz der Arbeiterinnen werden von den Unternehmern häufig nicht beachtet. Den revidierenden Beamten der Gewerbeinspektion ist es oftmals nicht möglich, solche Verstöße festzustellen.

Um alle Schranken aus dem Wege zu räumen, die der Beiseitigung von Mißständen in den Betrieben durch direktes Eingreifen der Gewerbeinspektion entgegenstehen, werden für die in Berlin und Umgebung wohnenden und beschäftigten Arbeiterinnen an folgenden Orten Sprechstunden abgehalten, in denen den Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben ist, ihre Beschwerden einer weiblichen Person vorzutragen zu können.

- Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstraße 3, Hof 4, Sprechstunden täglich von 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr, Donnerstags bis 8 Uhr. Bureau des Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 61, Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr. Verbandsbureau der Dach- und Steindruckereiarbeiter, Ullingerstraße 19, 3. Etage, Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr. Bureau der Druckverwaltung Berlin desselben Verbandes, Alte Jacobstraße 5, Hof 2, Etage, Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

In der Hauptstadt kommen für Arbeiterinnen folgende Bestimmungen in Frage: Die Beschäftigungsdauer für Arbeiterinnen über 16 Jahren darf die Zeit von 11 Stunden täglich und am Sonnabend und Vorabend von Festtagen von 10 Stunden nicht übersteigen. Sie darf nicht vor 5 1/2 Uhr morgens beginnen und nach 8 1/2 Uhr abends (an Vorabenden von Festtagen und an Sonnabenden um 5 1/2 Uhr) beendet sein. (S. 137.) Arbeiterinnen unter 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Während der Dauer bis zu 40 Tagen im Jahre können auf besonderen Antrag des Unternehmers bei der vorgelegten Behörde Arbeiterinnen länger als 11 Stunden täglich beschäftigt werden. (S. 138 a.) Die gesetzliche Kündigungsfrist ist eine vierzehntägige. Sie kann durch besondere Abmachungen verkürzt oder verlängert werden.

geschaltet werden. Die Bestimmungen müssen aber für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen Fällen die gleichen sein. (S. 122.) Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind: Unbilliges Betragen der Unternehmer und Stellvertreter, Zügellosigkeit und grobe Beleidigungen, unregelmäßige Entlohnung; bei Akkordarbeit nicht genügende Beschäftigung. (S. 124.)

Den Arbeiterinnen ist beim Aufhören auf Verlangen ein Zeugnis über Beschäftigungsdauer und Art der Beschäftigung zu verabfolgen. Bemerkungen, die eine Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, dürfen auf dem Zeugnis nicht gemacht werden. (S. 113.)

Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern sind in den Fabrikordnungen, die sichtbar in den Arbeitsräumen aushängen müssen, bekannt zu geben. Die Strafen müssen ohne Verzug den Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. (SS 134 bis 134a.)

Arbeitsräume und Maschinen sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Die Räume müssen ausreichend ventiliert sein.

Esbenso ist für genügende Aborte zu sorgen, die so eingerichtet werden müssen, daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sittlichkeit und Anstand erfolgen kann. (SS 120a bis 120e.)

Bozenburg. Vor einiger Zeit hat die Organisation der Gewerbeinspektion Schwerin mitgeteilt, daß in der Wandplattenfabrik junge Leute unter 16 Jahren weit über 10 Stunden beschäftigt worden sind. Wie wir jetzt hören, ist zum vor ganz kurzer Zeit der Gewerbeinspektor Hennemann die Bozenburg der betreffenden Fabrik einer Revision unterzogen, aber nicht gefunden haben, was tatsächlich darauf schließen läßt, daß solche junge Burschen länger als zehn Stunden beschäftigt worden sind. — Als wir nun am Sonntag, dem 25. Juli, in öffentlicher Versammlung trotzdem wieder die Behauptung aufstellten, daß junge Leute unter 16 Jahren weit über das gesetzliche Maß beschäftigt worden sind, trat ein nichtoffizieller (!) Vertreter der Firma auf und bestritt unsere Behauptungen. Der Herr teilte uns ferner mit, daß die Meister der Fabrik gefragt worden seien, ob sie etwas von unserer Behauptung wüßten, worauf sämtliche Meister gesagt hätten, sie wüßten von nichts (!). Herr Zurow, so heißt der Mann, war aber so vorichtig, nicht mitzutellen, ob die Meister auch ihr „Nichtwissen“ bekundeten könnten. Hoffentlich unterlassen dies die Herren, denn sie könnten nur allzu leicht einen Meinen schwören. Wir sagten aber in der Versammlung schon, daß wir in der Lage seien, mit Namen die Namen zu nennen und da man den Mut hat, unsere Behauptungen einfach als unwahr hinzustellen, so haben wir verprochen, vorläufig einzelne Namen der Öffentlichkeit mitzuteilen: es sind die jungen Leute Peter Schläpfer und Heinrich Liebmann, welche in der Fliesenmacherei beschäftigt waren. Weitere Namen Jugendlicher kann der Herr Gewerbeinspektor von dem Meister Seidel erfahren; es waren dies Landsleute von diesem. Hoffentlich wird der Herr Gewerbeinspektor von diesem Mann die Wahrheit erfahren; sollte dies nicht der Fall sein, dann werden wir nachhelfen, und zwar recht gründlich. Warteu wir also ruhig ab. Da es nun den Anschein erweckt, als wolle der Herr Gewerbeinspektor dem Beschwerdeführer nichts zu tun haben, so kann er bei dem Arbeiter R. erfahren, wie das Ueberfundenwesen in der Fliesenmacherei gehandhabt und gebucht wird. Wir wollen noch bemerken: Seitdem wir unsere Zuflucht in die Presse genommen, dürfen die jugendlichen Arbeiter keine Ueberstunden mehr machen, woraus man sehen kann, daß für uns die Presse doch eine Bedeutung hat. In derselben Versammlung behauptete nun Herr Zurow weiter, daß die Fabrikleitung für das Vorgehen der Meister nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Danach können also die Meister in jenem Betrieb schalten und walten, wie sie wollen! Und dabei führen diese Herren immer die Phrase vom „Herrn im Hause“ im Munde. Aber angenommen, die Fabrikleitung will nicht für das Vorgehen der Meister verantwortlich gemacht werden, was müßte man dann tun? Diese Frage möge die Fabrikleitung sich selber beantworten. So lange sie aber ein solches Treiben duldet, ist sie mitverantwortlich, dies möge sich die Betriebsleitung gesagt sein lassen.

Döbeln. Die in den zahllosen Mittelschichten ins Leben gerufene Zentralkommission, umfassend Döbeln, Waldheim, Gartha, Hoffen, Wittweide und Leisnig, konnte nach ihrem halbjährigen Bestehen auf erfreuliche Erfolge zurückblicken. Zunächst wurde das Augenmerk auf die innere Festigung der einzelnen Zahlstellen gerichtet und da, wo es nötig war, die Führung in die geordneten Bahnen gebracht. Hierbei wurden diese Zahlstellen von der Kommission nach jeder Richtung unterstützt. Auf solcher Grundlage konnte dann die Agitation weit besser betrieben werden und das Vertrauen in die einzelnen Verwaltungen wurde bedeutend gehoben. Leider mußten einige Bevollmächtigte von ihren Ämtern entfernt werden, um freie Bahn zu schaffen. Die Kommission hielt sechs Sitzungen unter sich ab und wurden die Mitglieder-Versammlungen einzeln besucht und durch Vorträge interessanter und belehrender gestaltet. Die Hauptaufgabe bestand in der Ausbreitung unseres Verbandes und wurde die Agitation durch gegenseitige Unterstützung energig betrieben. Hierbei wurden circa 300 neue Kollegen unserer Verbände gewonnen, wovon der größte Teil teile geliehen ist. Die einzelnen Zahlstellen leisten zur Beiseitigung der notwendigen Ausgaben einen Vierteljahresbeitrag pro Kopf der Mitgliederzahl und werden hiervon hauptsächlich die Ausgaben für die Agitation bestritten. Wenn auch der Erfolg ein guter zu nennen ist, so bleibt doch noch ein großes Feld zur Bearbeitung offen. Die Kommission hat weitere planmäßige Arbeit in Aussicht und bedarf der Mithilfe aller unserer Kollegen hierbei. An unsern Wasserläufen stehen eine erledliche Zahl Betriebe der Papierbranche, in denen wir noch fetteren Fuß fassen müssen, und auch eine der größten Fabriken muß noch für uns gewonnen werden. Also frisch ans Werk. Die Vereinigung, daß einzelne Zahlstellen nichts dabei profitierten, weil sie weniger damit zusammenhängen, ist irrig, weil eben die schlechtesten Kollegen auf alle Betriebe einwirken und die Unternehmer gern die schlechteste Bezahlung nachahmen. Scheut also die weniger feinnennige Beitrag zur Agitation nicht, sie helfen den schlechtesten Betrieben, Verbesserungen herbeizuführen, und seid unermüdetlich tätig, Kollegen, im Werden unter den fernstehenden Brüdern und Schwestern. Der schwerste Kampf steht noch bevor und der Steuerraub an deutschen Arbeiter zwingt dazu, unsere Lebenslage durch bessere Löhne und mehr Freiheit zu heben. Die Einnahmen der Kommission betragen 70,90 Mk., die Ausgaben 59,70 Mk. Also vorwärts, Kollegen, zu neuer Arbeit, zu neuem Kampfe! R. H.

Rudolfsberg. Wie man für die „Gelben“ mirbt. Die Rudolfsberger Zellstoff-Fabrik ist ja unter der Arbeiterinnenschaft ihrer niedrigen Löhne und der vielfach nicht einwandfreien Behandlung der Arbeiter, sowie ihres koalitionseindlichen Standpunktes halber genügend bekannt. Diese wenig liebevollen Maßnahmen haben ihrer unter der Arbeiterinnenschaft den Spitznamen „Lauwägel“ eingetragen. Nicht zufrieden mit all den Unterdrückungsmaßregeln, hat man jetzt noch einen „gelben“ Unterstützungsverein gegründet, mit dem man die Organisation aus dem Betriebe fernhalten will. Wir haben uns ja wiederholt mit den „gelben“ Volksgenossen beschäftigt und müssen. Wir weisen darauf hin, daß jene Postenräuber und falschen Freunde der Arbeiter, auch wenn sie nur ihr eigenes Streben betriebliegen können, von den Mitteln des Zwanges Gebrauch machen werden. Und schon heute können wir über zwei derartige Fälle berichten. Am 19. Juni wurde ein organisierter Kollege entlassen, weil er nicht geneigt war, dem „gelben“ Verein beizutreten, und auch unter seinen Mitarbeiter. Aufklärung über die Schädlichkeit der „Gelben“ verbreitete. Auf seine Frage nach dem Grunde der Entlassung sagte der Herr Ingenieur: „Ich habe Befehl bekommen, Sie zu entlassen, und das muß ich ausführen.“ Ein anderer Kollege äußerte sich auf dem Nachhausewege aus der Fabrik



## Aus der chemischen Industrie.

### Die chemische Unfallversicherung 1908.

Wieder einmal erstattet das Unternehmertum der chemischen Industrie Deutschlands seinen Jahresbericht über die in seinen Händen befindliche Unfallversicherung für die chemischen Proletarier. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie hat ihren Bericht über ihre Verwaltung im Jahre 1908 im Druck erscheinen lassen. Die 45 Folioseiten starke Drucksache liegt vor uns. Wenn man zwischen ihren Zeilen zu lesen versteht, so sieht man ein Meer von Blut und Tränen vor sich, das aus den deutschen Giftküchen auch in diesem Berichtsjahre floß und das nur ganz unvollkommen getrocknet worden ist durch die Kapitalistenverwaltung, die in ihren leitenden Hauptpersonen Mitschuldige und Richter zugleich in allem Berufungsglück ist, das 1908 chemische Arbeiter betraf.

Von 207 704 auf 209 190 Köpfe ist das Geer der versicherten chemischen Proletarier von 1907 auf 1908 gestiegen, also um nicht ganz 1 Prozent, während die Zahl der versicherten Betriebe von 8618 auf 8699, also ungefähr in demselben Verhältnis, anwuchs. Die absolut höchste Zahl der Giftküchenproletarier beschäftigt der rheinisch-westfälische Bezirk mit 38 410 Köpfen. Dann folgt der Bezirk Hamburg mit 34 068, der Bezirk Leipzig mit 32 872, der Bezirk Mannheim mit 29 115, der Bezirk Berlin mit 25 964, der Bezirk Frankfurt am Main mit 25 173, der Bezirk Nürnberg mit 13 151 und der Bezirk Breslau mit 10 446 Köpfen. Die stärkste Zunahme mit beinahe 4 Prozent wies der Frankfurter Bezirk auf, dann der Leipziger mit 3,5 Prozent und der Kölner mit beinahe 3 Prozent. Eine starke Abnahme der Arbeiterzahl hatte nur Mannheim-Ludwigshafen mit 4 1/2 Prozent Minus, eine schwächere zeigen Berlin und Hamburg (— 1 1/2 bzw. 0,17 Prozent). Das Wachstum der Arbeiterzahl in Frankfurt am Main sollte unsere dortige Organisation zu erhöhter Tätigkeit anspornen.

Während die Zahl derollarbeiter nur um genau 0,72 Prozent stieg, hoben sich die geleisteten Arbeitstage von 61,8 Millionen auf 62,6 Millionen oder um 1,3 Prozent gegen das Vorjahr. Der Grad der Ausnutzung der chemischen Arbeiterkraft Deutschlands durch das Kapital stieg also um das Doppelte mehr, als die Zahl der Arbeiter. Darin brühen sich die unbezählten Ueberstunden und verlängerten Arbeitszeiten aus, welche das Unternehmertum im Preisjahre unter dem Druck der Furcht vor Arbeitslosigkeit seinen Lohnsklaven abzwang. Die soziale Lage der Giftküchenarbeiter hat sich also im Jahre 1908 im Allgemeinen verschlechtert, trotz mancher Fortschritte, die einzelne organisierte Gruppen erkämpften. Die große Masse der Unorganisierten brühte noch immer auf das Ganze. Der Gesamtarbeitsverdienst der versicherten Arbeiter und Betriebsbeamten ist mit 236,2 Mill. Mark angegeben. Das ergäbe einen Durchschnittsverdienst pro Kopf von 1129 Mark im Jahre 1908. Für 1906 berechneten wir im „Proletarier“ dieselbe Lohnsumme pro Kopf nach den Angaben aus derselben Quelle auf 1074 Mark. Es hat also seit 1906 nur eine geringe Lohnsteigerung stattgefunden; in Anbetracht der gestiegenen Lebensmittelpreise reicht der Lohn wahrscheinlich heute nicht einmal mehr so weit wie 1906! Das ist die Frucht der gesundheitschädlichen Arbeit und der Gefahren, welche das chemische Arbeitergehirn in den hochrentablen Betrieben leistete und bestand!

Die Gesundheitsopfer der chemischen Proletarier werden bekanntlich von der Unfallversicherung nur zu einem kleinen Teil verzeichnet. Gewerkerkrankheiten gelten in Deutschland noch nicht als gesetzlich anerkannte Unfälle, sie fallen ausschließlich den Krankenkassen zur Last. Von den Unfällen wird ein Teil durch die Schuld der unkundigen Arbeiter, ein Teil durch die Schuld der Unternehmer und ihrer Angestellten nicht gemeldet. Danach sind die Zahlen zu beurteilen, die trotzdem noch übrig bleiben. Die von der Berufsgenossenschaft verzeichneten Unfälle des Jahres 1908 betragen 12 115 gegen 13 038 im Vorjahre. Es ist aber natürlich ganz unwahrscheinlich, daß bei einer Zunahme der Arbeiterzahl um ca. 2000 Köpfe und der Arbeitstage um beinahe 1 Million eine Abnahme der Unfälle erfolgte. Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft haben freilich eine Erklärung bei der Hand. Sie meinen: „Der Rückgang ist wohl darauf zurückzuführen, daß infolge der ungünstigen Konjunktur in manchen Betrieben mit verringertem Personal gearbeitet wird. Andernteils dürfte er wohl auch darin liegen, daß durch die jetzige Geschäftslage mehr Ruhe in den Arbeitsgang gekommen ist.“ Die Arbeiter haben von dieser „Ruhe“ wenig gemerkt, und die Gesamtindustrie hat, wie wir oben sahen, nicht mit vermindertem, sondern mit vermehrtem Personal gearbeitet. Die Erklärung der technischen Aufsichtsbeamten kann also nicht das Richtige treffen. In einem weiteren Artikel wird auch auf manche andre schiefje Darstellung ihrer Berichte zurückzukommen sein. In der gesamten chemischen Industrie kommen trotz diesem offensichtlichen Mangel der Statistik für 1908 immer noch beinahe 56 Unfälle auf je 1000 Versicherte. Die einzelnen Bezirke aber sind sehr verschiedenartig beteiligt. Die höchste Unfallziffer hatte der Bezirk mit der größten Arbeiterzunahme, Frankfurt a. M., mit nicht weniger als 81 Unfällen auf je 1000 Versicherte. Das ist eine ganz ungewöhnlich hohe Zahl, die auch dadurch nicht weniger bedenklich wird, daß die Unternehmerverwaltung der Berufsgenossenschaft nur 7 1/2 Unfälle auf je 1000 Versicherte als „entschädigungspflichtig“ anerkannte. Nach Frankfurt stehen Leipzig mit 63 und Berlin mit 61 Unfällen auf je 1000 Versicherte am höchsten. Die übrigen Bezirke bleiben unter dem Reichsbuchschnitt. Das sind Zahlenunterschiede für welche die Berufsgenossenschaft nicht die geringste Erklärung

hat oder sucht, die aber, wenn die Unfallversicherung in den Händen der Opfer der Unfälle, der Arbeiter, lägen, von diesen natürlich ganz gründlich aufgeklärt werden würden. Die Verteilung der Unfälle auf die Wochentage, an denen sie sich ereigneten, zeigt nichts Bemerkenswertes. Insbesondere ist der Montag oder der Sonnabend nicht wesentlich höher belastet, kaum mit 1 Prozent höher als die mittleren Tage der Woche. Dagegen erscheint es auffällig, daß die Vormittagsstunden mit 45 Prozent der Unfälle eine höhere Belastung aufweisen, als die Nachmittagsstunden mit 37 Prozent. Der Rest entfällt auf die Nachstunden.

Für die von den Unternehmern gnädigst als „entschädigungspflichtig“ anerkannten Unfälle des Jahres 1908, 1906 an der Zahl, darunter 120 Todesfälle, läßt sich auch die Verteilung auf die verschiedenen Gewerbegruppen der chemischen Industrie verfolgen. Obenan steht die chemische Großindustrie mit 438 Unfällen, darunter 34 Todesfälle; dann folgen die pharmazeutische Branche mit 228 Unfällen (14 Todesfälle), die Anilinfabrikation mit 196 (5), die Gummiindustrie mit 174 (5), die Düngemittelfabrikation mit 146 (15), die Mineralwasserfabrikation mit 101 (2) und die Seifen- und Kerzenfabrikation mit 95 Unfällen (3 Todesfälle). Erst hinter diesen Branchen rangiert angeblich die Fabrikation der Explosivstoffe mit 88 Unfällen (darunter 15 Todesfälle) im Jahre 1908. Bekanntlich sind die Arbeiter dieser Gewerbegruppe noch sehr mangelhaft organisiert und ausgeklärt. Es ist deshalb sehr wohl möglich, daß hier die Statistik am allernüchternsten blieb.

In den Genuss einer jener mageren Unfallrenten, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind, kamen 1908 im ganzen 2177 chemische Proletarier, wobei zu den erst in diesem Berichtsjahre entschädigungsberechtigt gewordenen einige hundert kamen, deren Unfälle sich schon im Vorjahre ereignet hatten, die aber auf die Entschädigung monatelang warten mußten. Also kaum der sechste Teil aller Berufungsglücken fiel schließlich nur noch der Unfallversicherung der Unternehmer zur Last! Die übrigen 10 000 Berufungsglücken erhielten bloß Krankengeld aus den Krankenkassen oder zu einem kleineren Teile auch gar nichts. Und selbst von den 2177 Arbeitern, denen man 1908 Renten bewilligte, verloren 297 im Laufe des Jahres wiederum ihre Unfallentschädigung durch die „Wachsamkeit“ der Berufsgenossenschaft. Kein Wunder, daß sich die Berufungen der Berufungsglücken gegen Rentenbescheide der Unternehmensgenossenschaft von 1115 im Vorjahre auf 1273 im Berichtsjahre, die Zahl der Rekurse in die höchste Instanz von 329 auf 352 in derselben Zeit hob. Der Kampf des Unglückigen gegen das Kapital! Was, was die Unternehmer schließlich leisteten, waren im Jahre 1908 ganze 3 056 039 Mk., und darunter sind lediglich 2 186 786 Mk. Renten an Verletzte, rund 600 000 Mk. an Hinterbliebene, rund 190 000 Mk. Kur- und Pflegekosten und nur 12 169 Mk. Sterbegelder. Gewiß keine überragende Leistung nach all dem Lärm, den die Unternehmer von den „Lästen“ der Sozialversicherung zu machen pflegen. Jedenfalls ist der Profit, den sie aus dem unbezahlten Teil der 62 Millionen Arbeitstage chemischer Arbeiter des Berichtsjahres hatten, selbst wenn man ihn nur mit 2 Mark pro Arbeitstag ganz gering anschlägt, vierzig Mal höher als die Summe, die den Opfern der Ausnutzung als Unfallentschädigung gezahlt wurde.

Über alle diese Feststellungen haben so lange nur theoretischen Wert, als sie von der Masse der chemischen Arbeiter nicht als unerträgliches Geschick empfunden werden und in ihnen den Willen zu möglichst baldiger und gründlicher Aenderung so furchtbarer Verhältnisse erwecken.

### Chemische Arbeiterstatistik für Württemberg.

Nach den Tabellen der letzten erschienenen Jahresberichte der württembergischen Gewerbeinspektoren für 1908 beschäftigten dort die verschiedenen chemischen Branchen folgende Arbeiter:

	männl.	weibl.	jugendl.	Kindl.	überhaupt
Chemische Großindustrie 1907	1568	541	90	11	2210
1908	1594	480	95	10	2179
Bandholzfabriken 1907	77	51	16	—	144
1908	51	43	11	—	105
Blaisfarben- und 1907	45	—	3	—	48
Blaisfarbenfabriken 1908	47	—	1	—	48
Thomaschlacken 1907	14	—	—	—	14
mühen 1908	15	—	—	—	15
Fett-, Del- und 1907	2689	776	166	11	3642
Streichindustrie 1908	2493	767	152	5	3417

Große Veränderungen gegen 1907 weisen ja die Zahlen für 1908 nicht auf. Immerhin sind fast überall kleine Abnahmen zu verzeichnen, so daß man den Eindruck gewinnt, daß die ohnehin nicht stark entwickelte chemische Industrie Württembergs sich im Krisenjahre mindestens nicht erheblich weiter entwickelt und die Ungunst der Verhältnisse auf die Arbeiter abgeladen hat, von denen sie alle entbehrlichen entließ. Den stärksten Rückgang weist die Frauenarbeit in der chemischen Großindustrie auf, wenn die Zahlen zuverlässig sind. Diese Abnahme wäre aber um so weniger zu beklagen, als sie durch eine kleine Zunahme der Männerarbeit fast ausgeglichen wird. Die Großindustrie wäre danach auch hier am widerstandsfähigsten gewesen und zeigte die gesündesten Entwicklungstendenzen. Leider enthält der Bericht der Inspektionsberichte für 1908 fast keine Beobachtungen der württembergischen Gewerbeinspektoren aus der für sie doch so interessanten chemischen Industrie.

### Bankherrschaft in der chemischen Industrie.

An der Hamburger Börse war bekannt geworden, daß die Höchster Farbwerke bestrebt sind, sich einen maßgebenden Einfluß auch auf die fernere Zukunft der China-Exports-, Import- und Bank-Kompagnie in Hamburg zu sichern. Nunmehr wird seitens der Höchster Farbwerke bestätigt, daß in der Tat Besprechungen stattgefunden haben wegen der künftigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Höchster Gesellschaft und dem Hamburger Unternehmen. Aktuell ist die Frage bekanntlich dadurch geworden, daß die Geschäftsdauer des Hamburger Instituts Ende 1909 abläuft. Beide Unternehmen standen bisher schon in engen Beziehungen zu einander, die neben der kapitalmäßigen Beteiligung von Höchst, welche einen im Vergleich zum Aktienkapital des Hamburger Instituts beträchtlichen Teil umfaßt, sich insbesondere auch darauf erstreckten, daß die Hamburger Gesellschaft gewissermaßen der Vertreter des Höchster

Unternehmens für Ostasien ist. Welche Form das gegenseitige Verhältnis nunmehr erhalten soll, darüber liegen bestimmte Abmachungen noch nicht vor. Jedenfalls aber ergeben diese Nachrichten, daß auch die chemische Industrie durch ihre kolossalen Kapitalerhöhungen immer abhängiger von den Banken und ihren spekulativen Leitern wird, die der Industrie und vollends der Arbeiterkraft ganz fern stehen und schließlich über Schicksale von Hunderttausenden von Menschen nach rücksichtslos kapitalistischen Gesichtspunkten des größten Profits noch mehr bestimmen, als es die chemischen Unternehmer bisher schon getan haben.

### Kapitalzufluß im Juni 1908.

Nach den Zusammenstellungen kapitalistischer Blätter flossen der chemischen Industrie Deutschlands im Juni dieses Jahres nicht weniger als 3 1/2 Millionen neues Kapital, im Mai dieses Jahres sogar 8 1/2 Millionen Neuanlagen zu. Die Industrie der Oel- und Fettstoffe erhielt im Mai 600 000 Mk., im Juni 1 Million neue Kapitalanlagen. Im Vorjahre brachte der Juni beiden Branchen zusammen nur rund 900 000 Mk. neues Kapital. Das Geschäft, das niemals ernstlich unter der schlechten Konjunktur litt, hat sich also außerordentlich belebt.

### Ostelbische Profitmachelei.

Die Chemische Fabrik vorm. Moriz Milch u. Co. in Posen besteht seit dem Jahre 1889. Das Grundkapital betrug anfänglich 2,83 Millionen Mark und wurde im Jahre 1902 um 1 Million, im Jahre 1905 um weitere 0,50 Mill. auf jetzige 4,30 Millionen Mark erhöht. Au Dividenden wurden für die letzten abgelassenen Geschäftsjahre je 15 Prozent bezahlt. In Posen hat die Gesellschaft ein rund 100 Morgen großes an der Eisenbahn und schiffbarem Wasser gelegenes Grundstück für 75 892 Mk. neu erworben. Die drei in Posen, Schellmühle und Luban für die neue Anlage von 2 1/2 Millionen Mark verpfändeten Grundstücke stehen ausschließlich der ebenfalls verpfändeten Maschinen, Apparate mit zusammen 1,75 Millionen Mark zu Buch. Die letzte vorliegende Bilanz verzeichnete Maschinen und Apparate, sowie die innere Einrichtung mit zusammen 1,14 Millionen Mark. Die Arbeiterzahl der Gesellschaft beträgt in Posen zurzeit ca. 380, in Danzig ca. 125. In jüngster Zeit konnte die Arbeiterzahl in Danzig durch maschinelle Einrichtungen erheblich reduziert werden. So berichtet das Unternehmen selber, um den Kapitalisten den Mund wässriger zu machen und ihnen zu zeigen, wie profitabel der Betrieb arbeitet, dem sie ihr Geld anvertrauen sollen. Die Arbeiter der Firma sollten diese ostelbischen Unternehmernbetriebe zum Anlaß eines geschlossenen Beitritts zur Organisation ihrer Kollegen nehmen.

### Das Verbot des weißen Phosphors in Italien.

Wie jetzt haben weder Oesterreich-Ungarn noch Italien ihren Beitritt zur Verner Konvention über das Verbot des weißen Phosphors von ihren Parlamenten ratifizieren lassen. Beide Länder haben eine starke Ausfuhr nach dem Balkan, und beide fürchten offenbar, daß der „verbündete Staat“ ihnen einen Streich spielen und außerhalb der Konvention bleiben könnte, um sich bessere Konkurrenzbedingungen auf dem türkischen Markte zu sichern. Die Opfer dieses gegenwärtigen Mißtrauens der Verbündeten sind aber die Arbeiter. Wird der Beitritt der beiden Staaten nicht im laufenden Jahre ratifiziert, so wird die Konvention auch für die übrigen Staaten unverbindlich. Und dabei sollte Italien wirklich das letzte Land sein, das die Verarbeitung weißen Phosphors ruhig beibehalten will. Sind doch hier 7250 Arbeiter in der Zündholzindustrie beschäftigt, und zwar in Fabriken, von denen, nach dem Bericht der parlamentarischen Kommission, kaum ein Teil der modernen hygienischen Anforderungen entspricht. Die Folge dieser Zustände ist natürlich eine große Verbreitung der chronischen Phosphorvergiftung, der der Staat erst dann Beachtung schenkt, wenn sie in der Form der Phosphorruhr ihre schrecklichsten Ausdrücke findet. Aber es gibt auch mildere Formen der Phosphorvergiftung, an denen zahllose Arbeiter leiden. Der Staat, der an Konsumsteuern jährlich 10 Millionen durch die Streichholzindustrie einnimmt, konnte sich wohl auch um die Gesundheitsverhältnisse der in ihr beschäftigten Arbeiter kümmern.

### × Darmstadt.

Sonnabend, den 24. Juli, morgens, ereignete sich in der Chemischen Fabrik von Merck ein größeres Unglück. Ein mit Säure gefüllter Ballon explodierte mit einer furchtbaren Detonation. Einer der dabei beschäftigten Arbeiter rettete sich durchs Fenster und verletzte sich dabei schwer an den Händen. Im selben Augenblick erfolgte eine zweite Explosion, bei der die Flammen durch die geschprungenen Fenster schlugen. Ein Arbeiter wurde besinnungslos aus dem Raume geschafft und im Bureau der Krankenkasse untergebracht.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welcher Mut dazu gehört, mit jedem neuen Tage für den fargen Lohn, der in den chemischen Fabriken gezahlt wird, sein Leben zu riskieren, so ist kaum zu verstehen, daß die in diesen Fabriken beschäftigten Arbeiter in ihrer großen Mehrheit nicht auch den Mut finden, sich den Unternehmerrückungen zum Trotz der Organisation anzuschließen.

### × Magdeburg.

Die Firma M. Dürra (Chemische Fabrik) in Magdeburg-Sudenburg stand in früheren Jahren in dem guten Ruf, daß sie gegen die bei ihr beschäftigten Arbeiter eine gewisse Humanität und Arbeiterfreundlichkeit zeige. Seit geraumer Zeit hat es den Anschein, als wenn man auch hier damit brechen will, um nicht hinter den übrigen Unternehmern in der chemischen Industrie zurückzufallen. Denn die im Betriebe beschäftigten Arbeiter klagen nicht bloß über die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Behandlung, die sie durch einige Vorgesetzte erleiden, läßt viel zu wünschen übrig. Seit einiger Zeit ist der Betrieb in der Bleiweißfabrik eingestellt, und man hat in diesen Räumen vier große Anstalt-Bassins untergebracht. Die Leute, die daran beschäftigt sind und die Schlenkerhose auseinander schippen, müssen die schwere und anstrengende Arbeit auf den Knien verrichten, wenn das Bassin ziemlich gefüllt ist, denn der Oberraum ist so niedrig, daß sie sich nicht aufrichten können. Wie gesundheitsgefährlich die Arbeit ist, geht daraus hervor, daß den Arbeitern, obwohl sie einen Schwamm vor dem Mund tragen, zeitweilen das Blut aus Mund und Nase quillt und sie vor Erstickung zusammenbrechen. Dabei sind die Leute förmlich in Schweiß gebadet; der sich entwickelnde Kohlenstaub ist so enorm, daß die Hände davon vollständig zerfressen werden. Die Füllung eines Bassins erfordert eine dreiviertelstündige Arbeitszeit. Dafür wird der horende Lohn von 2 Mk. pro Mann gezahlt. Der Meister, der die Arbeiten beaufsichtigt, erhält dagegen außer seinem Gehalt eine Extravergrütung von 2 Mk. für jedes Bassin. Pflicht der Firma wäre es, hier einen Ausgleich in der Weise zu schaffen, daß den Arbeitern ein bedeutend höherer Lohn gezahlt wird. Im Interesse der Arbeiterkraft liegt es ferner, daß die Gewerbeinspektion den Betrieb einer gründlichen Revision unterzieht und daß die Firma veranlaßt wird, für Erhöhung des Oberraums, Beseitigung des unerträglichen Kohlenstaubs und Lieferung von Handflächen für die Arbeiter zu sorgen. Abelannt ist es, daß die chemische Industrie hohe Gewinne für die Unternehmern abwirft; um so bedauerlicher ist es, daß trotzdem die wenigen Schutzmaßregeln für die Gesundheit der Arbeiter außer acht gelassen werden. Wie man mit den Arbeitern umspringt, dafür nur ein Beispiel: Meister Kruse hängte einem mit Kohlenablatten beschäftigten Arbeiter ein paar Klempenbänder aus. Da der Arbeiter diese momentan nicht gebraucht, so bittet er, die Bänder dem Reifschleifer zur Aufbewahrung zu übergeben. Der Meister tut das und nach einigen Tagen sind die Bänder dem Reifschleifer abhanden gekommen. Meister Kruse wendet sich nun wegen des Verlustes nicht an den Meister, sondern er fährt den Arbeiter in einem nicht widerzugebenden Tone an, er solle dafür Ertrag leisten oder eine Strafe von 50 Pfennig zahlen, widrigenfalls er entlassen würde. Weil der

